

# Zahnweh und kein Arzt weit und breit

Oberfrankens Zahnärzte warnen, dass es schon sehr bald ein großes Praxissterben auf dem Land geben werde. Medizinische Versorgungszentren würden sich jedoch nur in größeren Städten ansiedeln.

Von Joachim Dankbar

**HOF/COBURG/BAYREUTH.** Schon in wenigen Jahren könnten in Oberfranken Zahnschmerzen besonders fatal sein. Dann nämlich, wenn der bisherige Zahnarzt des Patienten in Ruhestand gegangen ist und keinen Nachfolger gefunden hat. Auf diese Entwicklung weist die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayern (KZVB) hin. Die Zahlen sprechen für sich: Von den rund 9400 niedergelassenen Zahnärzten in Bayern sind gegenwärtig 34,5 Prozent im Alter zwischen 51 und 60 Jahren, 22,4 Prozent sind sogar schon über 60 Jahre alt. Das bedeutet, dass über 50 Prozent der Zahnärzte schon ihren Ruhestand planen.

In Oberfranken sei die Lage nicht anders, sagt Dr. Rüdiger Schott, Vorsitzender der KZVB und niedergelassener Zahnarzt in Sparneck im Landkreis Hof. Zwar reichten die 880 Zahnärzte gegenwärtig noch aus, um überall in Oberfranken einen Versorgungsgrad von über 100 Prozent sicherzustellen. „Dann aber tritt die Generation der Dinosaurier ab und es folgt die Generation der Erben“, kommentiert Schott sarkastisch.

Was er damit meint: Immer weniger junge Zahnärzte wollen die Arbeitsstunden und die Verantwortung einer eigenen Praxis schultern. Viele lassen sich lieber in einem von Investoren gegründeten Medizinischen Versorgungszentrum (IMVZ) anstellen, wo die Arbeitsbelastung überschaubar und das unternehmerische Risiko Sache der Betreiber ist. „Solche IMVZs wird es aber auf dem Land nicht geben“, prognostiziert Schott. Die Investoren wählen Standorte, an denen es viele Menschen gibt – und auch einen höheren Anteil von einträglichen Privatpatienten. In Ballungsräumen wie München gebe es schon IMVZs, die mehr als 100 Zahnärzte beschäftigen. Auf dem Land werde es hingegen nur kleine MVZs geben, in denen zum Beispiel Familien die Praxis in die nächste Generation übergeben.

Die KZVB kämpft schon seit Jahren gegen den zunehmenden Eintritt finanzstarker Investoren in den ambulanten Gesundheitsbereich. „Diese IMVZs saugen die jungen Ärzte auf, die wir eigentlich für die Versorgung auf dem Land bräuchten“, sagt Schott. Kritisch sieht man bei der KZVB, dass die in solchen Zentren angestellten Ärzte in aller Regel

strikte auf die Renditevorstellungen des Investors verpflichtet werden. Man kann daran zweifeln, ob dieser Kampf noch gewonnen werden kann, denn neueren Zahlen zufolge arbeiten schon 60 Prozent aller Zahnärzte unter 40 Jahren als Angestellte.

Der Mangel an Neuniederlassungen und Praxisübernahmen ist laut KZVB auch eine Folge des strikten Numerus Clausus. Wie in allen anderen medizinischen Studienfächern ist ein immer größerer Anteil der Studienbeginner weiblich. Schott: „An manchen Unis gibt es unter den Studienanfängern nicht einen einzigen Mann.“ Grund da-

für ist, dass Mädchen statistisch die besseren Abiturnoten erzielen. Dies gilt auch für die Spitzennoten, die erforderlich sind, um ein Medizinstudium aufzunehmen. Weil viele junge Zahnärztinnen dem traditionellen Bild der Aufgabenverteilung in der Familie folgen, ziehen sie die Anstellung der eigenen Niederlassung vielfach vor.

Die Zahnärzte fordern seit langem eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze. Der Ärztefunktionär: „Im Grunde bräuchten wir für jeden Aussteiger zwei neue Einsteiger.“ Um die Niederlassung wieder attraktiver zu machen, müsse man auch unbedingt den immer weiter ausufernden Bürokratismus beschneiden, „den ein Einzelkämpfer gar nicht mehr bewältigen kann“. Vor allem aber brauche es langfristig sichere Rahmenbedingungen, um das Wagnis Niederlassung anzugehen. Scharf kritisierte Schott, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach im Jahr 2023 die Budgetierung für Kassenpatienten wieder eingeführt hat. „Es kann doch nicht angehen, dass die Zahnärzte alle Kassenpatienten behandeln sollen und erst im Jahr darauf erfahren, ob genug Geld dafür da war oder ob sie noch etwas zurückzahlen sollen.“



Die Zahnarzt-Versorgung in Oberfranken ist gefährdet. Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Über drohende Engpässe bei der zahnmedizinischen Versorgung berichtete am 16. Juli auch die Hofer „Frankenpost“.

## Letzte Hoffnung Organspende

Wie im letzten Heft berichtet, warten allein in Bayern 1200 Menschen auf ein Spenderorgan. Die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) plädiert deshalb für eine Gesetzesänderung mit einer Widerspruchslösung. Ihr Berliner Amtskollege Karl Lauterbach (SPD) verharrt jedoch wie so oft in Untätigkeit. Die bayerischen Zahnärzte können mit ihren jährlich 16 Millionen

Patientenkontakten einen Beitrag dazu leisten, die Spendebereitschaft zu erhöhen. Diesem BZBplus liegt deshalb ein Flyer der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bei. Weitere Exemplare können Sie dort bestellen.

Redaktion KZVB